

# Für eine soziale Dimension im asiatisch-europäischen Dialog: Herausforderungen vor dem fünften ASEM-Gipfel in Hanoi

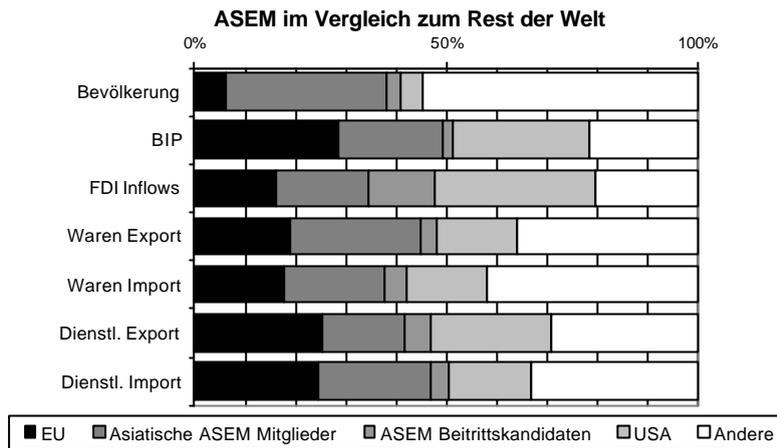
Felix Henkel, Mirko Herberg, Felix Schmidt, FES Hanoi, Mai 2004

- Das "Asia-Europe-Meeting" (ASEM) wurde 1996 ins Leben gerufen. Das mittlerweile fünfte Gipfeltreffen wird im Herbst in Hanoi, Vietnam stattfinden.
- Die Agenda des Gipfels wird neben sicherheitspolitischen Themen von der Frage der ASEM-Erweiterung um die neuen EU-Mitgliedsstaaten sowie der ASEAN-Länder Laos, Kambodscha und Myanmar (Burma) bestimmt sein.
- Die Aufnahme Myanmars war im Vorfeld umstritten. Nach dem letzten ASEM-Außenministertreffen zeichnet sich aber eine Annäherung in dieser Frage ab.
- Der formal aus den Säulen Politik, Wirtschaft und Kultur/Wissenschaft bestehende ASEM-Prozess soll ferner um eine soziale Dimension erweitert werden.
- Die Friedrich-Ebert-Stiftung unterstützt eine dementsprechende deutsch-chinesische Regierungsinitiative, die darauf zielt, auf regelmäßigen Treffen der Arbeits- und Sozialminister Fragen wie Migration, Arbeitsmarktpolitik und soziale Sicherung zu behandeln.
- Für Vietnam selbst ist die Chance der positiven Selbstdarstellung mit der Herausforderung pluralistischen Diskurses verbunden, nicht zuletzt im Rahmen des ASEM-People's Forum.

Vietnam bereitet sich in diesen Tagen auf den ASEM V Gipfel vor, der vom 08.-09. Oktober 2004 in Hanoi stattfinden wird. Die vietnamesische Regierung hatte sich aktiv um die Ausrichtung dieses Gipfels bemüht, auf dem Vietnam als weltoffenes und modernes Land präsentiert werden soll. Der Vorbereitungsprozess des Gipfels schließt eine Reihe von internationalen Konferenzen und Ministertreffen mit ein. Das sechste ASEM-Außenministertreffen, das vom 16.-18. April 2004 in Kildare (Irland) stattfand, hat die Vertiefung des ASEM-Dialogs in wirtschaftlichen, kulturellen und sicherheitspolitischen Fragen zum die gesamte Agenda umspannenden Motiv des bevorstehenden Gipfeltreffens erklärt. Tatsächlich war der Prozess in den letzten Jahren ins Stocken geraten und soll nun wiederbelebt werden. Im aktuellen Asien-Strategiepapier der EU wird die Wichtigkeit der Beziehungen zur Region und besonders auch der Wert des Instruments ASEM betont. So wurde etwa auf dem Außenministertreffen als Reaktion auf die jüngste US-amerikanische Nahostpolitik das Interesse an einer multilateralen Weltordnung als gemeinsame asiatisch-europäische Position unterstrichen.

Beobachter hatten mit Spannung die Ergebnisse der Beratungen zur Erweiterung von ASEM erwartet. Die EU pocht auf die rasche Einbeziehung ihrer zehn neuen Mitgliedsstaaten, im Gegenzug sollen möglichst bald die ASEAN-Mitglieder Kambodscha und Laos eingebunden werden. Die Frage der Öffnung des Prozesses auch für Myanmar (Burma) ist wegen der Menschenrechtssituation im Land allerdings umstritten. Das Außenministertreffen kam in dieser Frage jedoch einen Schritt voran: Nachdem die asiatischen Minister mit Nachdruck die Glaubwürdigkeit der burmesischen Beteuerungen im Hinblick auf eine Verbesserung der Menschenrechtssituation im Lande durch das Befolgen der vereinbarten „road map“ (Bangkok-Prozess) versichert hatten, kam man darin überein, dass die Myanmar-Problematik nicht den gesamten ASEM-Prozess beschädigen dürfe. Eine zukünftige Erweiterung von ASEM ist somit wahrscheinlicher geworden.

Die Friedrich-Ebert-Stiftung engagiert sich im Vorfeld des fünften ASEM-Gipfels vor allem in einer anderen, inhaltlichen Diskussion: mit einem breiten Maßnahmenpaket wird eine deutsch-chinesische Regierungsinitiative vom ASEM IV-Gipfel in Kopenhagen unterstützt, die eine größere soziale Dimension für den ASEM-Prozess einfordert. Denn obwohl, oder gerade weil, ASEM bis heute stark von ökonomischen Fragestellungen dominiert war, dürfen soziale Fragen im asiatisch-europäischen Dialog nicht länger ausgeklammert werden. Zuletzt haben die Auswirkungen der Asienkrise von 1997 gezeigt, wie groß der Bedarf für effektive soziale Sicherung in den meisten asiatischen Ländern immer noch ist. Daher sollte der Dialog neben politischen und ökonomischen Themen auch einen Erfahrungsaustausch auf der sozialpolitischen Ebene einschließen, um eine engere Zusammenarbeit in diesem zentralen Bereich zu ermöglichen.

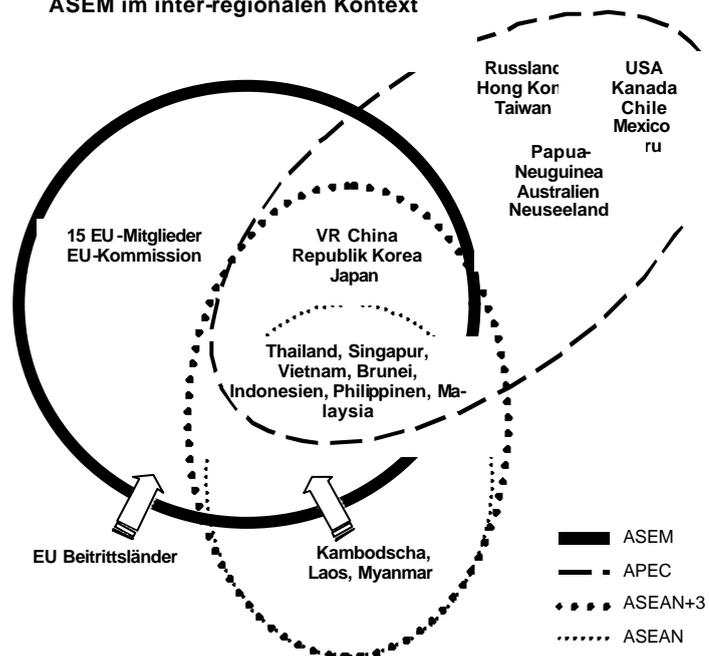


## Hintergrund

Das Asia-Europe-Meeting geht auf eine Anregung Singapurs aus dem Jahre 1996 zurück. Beide Seiten hatten damals erkannt, dass die Beziehungen zwischen Europa und Asien sowohl vor dem Hintergrund der zunehmenden politischen und wirtschaftlichen Bedeutung Asiens als auch im Kontext des im Vergleich stärkeren Einflusses der Vereinigten Staaten in der Region durch die Asia Pacific Economic Cooperation (APEC) unterentwickelt waren. Die Gründung von ASEM zielte also auf eine Stärkung der europäisch-asiatischen Seite im Mächtedreieck Europa-Nordamerika-Asien. Die große Interdependenz der Regionen wird deutlich, wenn man sich vor Augen führt, dass das Handelsvolumen EU-Ostasien bereits 1996 größer war als das zwischen der Europäischen Union und den Vereinigten Staaten. Die asiatischen und europäischen ASEM-Länder stellen zusammen 41 % der Weltbevölkerung und erwirtschaften mehr als die Hälfte des Weltsozialprodukts.

Ein weiteres Motiv zur Gründung von ASEM war neben der politischen Flankierung einer wirtschaftlich höchst dynamischen Entwicklung aber auch, die kulturelle und gesellschaftliche Distanz zwischen den Regionen zu verringern. Schließlich verband Europa und Asien die Erkenntnis, dass sich globale Probleme nur durch internationale Zusammenarbeit wirksam bekämpfen lassen. Der zukünftige Dialog sollte demnach über eine „aid and trade relationship“ hinausgehen, von nun an sollte ASEM als interregionales Forum komplementär zu multi- und bilateralen Initiativen die Möglichkeit zur Beratung globaler Fragen auf gleicher Augenhöhe schaffen. Hierbei wurde darauf Wert gelegt, keinen weiteren „Block-zu-Block“ Dialog, wie früher EU-ASEAN, ins Leben zu rufen. Den Mitgliedsstaaten (auf europäischer Seite die 15 Mitglieder der Europäischen Union sowie die EU-Kommission und auf asiatischer Seite die ASEAN-Staaten Malaysia, Philippinen, Brunei, Indonesien, Thailand, Vietnam und Singapur sowie China, Südkorea und Japan) sollte ASEM vielmehr als Forum für informelle Beratungen unter 26 gleichberechtigten Partnern dienen.

**ASEM im inter-regionalen Kontext**



## Die Struktur von ASEM

Im Gegensatz zur APEC ist der ASEM-Prozess nicht institutionalisiert, es gibt keine eigene Infrastruktur wie zum Beispiel ein ge-

meinsames Sekretariat. Trotz dieses informellen Charakters finden jedoch Konsultationen auf höchster Regierungsebene statt: Alle zwei Jahre kommen als Kernstück des Prozesses die Staats- und Regierungschefs sowie der Präsident der EU-Kommission auf Gipfeltreffen (siehe Kasten) zusammen, im selben Abstand werden in den dazwischen liegenden Jahren Treffen der Außenminister abgehalten. Zur Diskussion speziellerer Themen treffen sich im regelmäßigen Turnus die Wirtschafts- und Finanzminister sowie die Umwelt- und Wissenschaftsminister. Entscheidungen werden in allen Gremien nach dem Einstimmigkeitsprinzip getroffen.

Die formale Struktur des ASEM-Prozesses besteht aus drei „Säulen“: einer politischen, einer ökonomischen und einer kulturellen. Im politischen Bereich stehen regionale Entwicklungen von beiderseitigem Interesse im Vordergrund, vor allem sicherheitspolitische Fragen. Darüber hinaus werden aber auch globale Probleme wie Umweltschutz, Terrorismus oder der Kampf gegen das organisierte Verbrechen diskutiert. Auch bezüglich verschiedener Reformanstrengungen in den Vereinten Nationen wird eine Zusammenarbeit erwogen, und die asiatischen Dialogpartner bekunden immer wieder Interesse am Austausch über die europäischen Erfahrungen mit regionaler Integration. Die mindestens einmal jährlich stattfindenden Treffen hochrangiger Beamter aus den Außenministerien bilden die Grundlage der politischen Säule. Die Steuerung des politischen Prozesses erfolgt auf den Außenministertreffen. Insgesamt hat man in den letzten Jahren versucht, sich auf solche Politikfelder zu konzentrieren, in denen die Gemeinsamkeiten die Differenzen überwiegen. Man bemüht sich also, Kritik aneinander zu vermeiden, wirtschaftliche Kooperation steht im Vordergrund.

#### **ASEM-Gipfel und deren Themen**

##### **ASEM I Bangkok 1996**

Proklamation einer neuen Partnerschaft zwischen Asien und Europa und einer Vertiefung der Beziehungen durch verstärkte wirtschaftliche, soziale und kulturelle Kooperation.

##### **ASEM II London 1998**

Erste Bestandsaufnahme des bisher Erreichten und Auseinandersetzung mit den wirtschaftlichen Implikationen der Asienkrise von 1997 auf beide Regionen.

##### **ASEM III Seoul 2000**

Diskussion der politischen Situation auf der koreanischen Halbinsel („Sunshine Policy“) und Absichtserklärung, die Zivilgesellschaft stärker am ASEM-Prozess zu beteiligen.

##### **ASEM IV Kopenhagen 2002**

Überschattet durch die Anschläge vom 11. September 2001, Diskussion über eine vertiefte Sicherheitskooperation zwischen den Regionen und gemeinsame Bemühungen im Kampf gegen den internationalen Terrorismus. Betonung ökonomischer und sozialer Entwicklung als Voraussetzung für eine nachhaltige Sicherheitspolitik.

Dies lässt sich unter anderem gut an der schier unerschöpflichen Anzahl von Treffen und Initiativen innerhalb der ökonomischen Säule festmachen: Neben den jährlichen Treffen der Wirtschafts- und Finanzminister finden sowohl in den Bereichen Handels- und Investitionsförderung als auch zu Welthandelsfragen Treffen hochrangiger Beamter statt (u.a. „Senior Officials' Meeting on Trade and Investment“, SOMTI). Diverse Arbeitsgruppen diskutieren darüber hinaus Wirtschaftsfragen innerhalb des „Trade Promotion Action Plan“ (TPAP) und des „Investment Promotion Action Plan“ (IPAP). Durch das jährlich stattfindende „Asia-Europe Business Forum“ (AEBF) wird die Wirtschaft in den Dialog zu ökonomischen Themen miteinbezogen und es bietet sich zusätzlich die Gelegenheit, bestehende Geschäftskontakte zu vertiefen und neue zu knüpfen.

Die dritte Säule von ASEM ist dagegen weit weniger strukturiert. Als „Auffangbecken“ für all die Themen, die weder in den politischen, noch in den wirtschaftlichen Bereich zu passen scheinen, soll sie kulturelle, ökologische, bildungspolitische und soziale Fragen abdecken. Konkret treffen sich jedoch nur die Umwelt- und Wissenschaftsminister, und dies auch nur auf Ad hoc - Basis. Wichtige Initiativen im Bereich dieser Säule sind z.B. die Errichtung der „Asia-Europe Foundation“ (ASEF), die sowohl im kulturellen Bereich als auch im Bildungsaustausch tätig ist. Auch Aktivitäten zur Förderung und zum Schutz kulturellen Erbes und verschiedene Initiativen zum Umweltschutz verdienen Beachtung. Sozialpolitische Themenbereiche sind aber auch hier unterrepräsentiert.

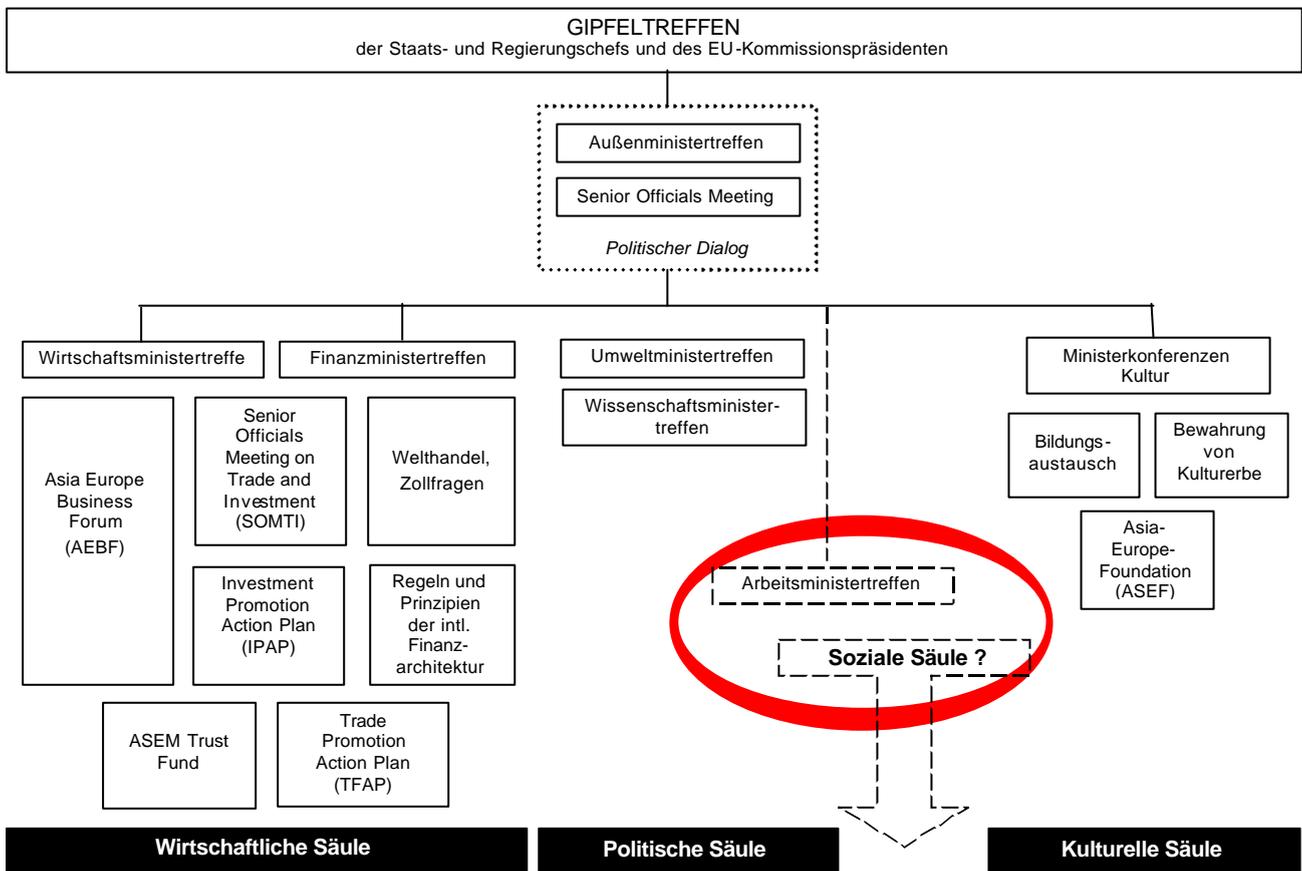
## Eine soziale Säule für ASEM?

Die weitgehende Abstinenz einer sozialen Säule und einer, auf dieser formalen Struktur aufbauenden sozialen Dimension im ASEM-Prozess wurde von vielen Seiten kritisiert. Vor allem Nichtregierungsorganisationen und Gewerkschaften haben das Thema aufgegriffen. Bevor man jedoch in eine prinzipielle Kritik mit einstimmt, lohnt eine Betrachtung der Hintergründe.

## Warum fehlt diese soziale Dimension bis heute?

Einerseits fehlt sie nicht völlig. Es gab in verschiedenen ASEM-Foren Diskussionen über Menschenrechtsthemen wie zum Beispiel über Rechte von Kindern, und auch sozialpolitische Fragen wurden unter anderem in vom ASEM Trust Fund finanzierten Studien untersucht. In der Folge der Asienkrise von 1997 mit ihren verheerenden sozialen Auswirkungen wurde die Wichtigkeit sozialer Sicherungssysteme, auch in Bezug auf wirtschaftspolitische Entscheidungen, allgemein anerkannt. Dennoch blieb es bei bloßen Bestandsaufnahmen und im besten Fall bei Empfehlungen. Über reinen Meinungs austausch hinausgehende, nennenswerte Schritte wurden bis heute im sozialen Bereich nicht unternommen.

### Die Struktur von ASEM



Es fällt auf, dass in ASEM nur solche Probleme angegangen werden, deren Thematisierung von beiderseitigem Interesse ist. So erklärt sich die hauptsächlich ökonomische Zielsetzung fast von selbst und zwar durch die vor, bei und auch nach der Gründung von ASEM beidseitig wahrgenommene Dringlichkeit zur vertieften Zusammenarbeit in Welthandels- und Investitionsfragen. Auch nützen kulturelle Zusammenarbeit oder Bildungsaustausch einer vertieften wirtschaftlichen Kooperation. Eine Diskussion über soziale Verantwortung oder soziale Sicherungssysteme wird hingegen vor allem von asiatischer Seite mit Skepsis betrachtet. Mit dem Argument, dass die Industrieländer mit dieser Debatte eigentlich das Interesse verfolgten, die komparativen Vorteile der Entwicklungsländer vor allem im Bereich Produktionskosten zu schmälern, wurde bislang eine Diskussion sozialer Fragen von den meisten asiatischen Partnern abgelehnt.

## **Warum ist eine soziale Dimension dennoch gerechtfertigt?**

Mittelfristig wird für die meisten asiatischen ASEM-Länder ein robustes Wirtschaftswachstum prognostiziert. Deshalb davon auszugehen, dass eine Diskussion über soziale Fragen nicht im nationalen Interesse sei, ist dennoch zu kurz gedacht. Verschiedene Untersuchungen legen nahe, dass Wirtschaftswachstum allein die Entwicklung eines Landes nicht nachhaltig fördert. Im Gegenteil schadet eine durch Arbeitslosigkeit, Migration, Armut, Hunger oder Gesundheitsfragen ausgelöste politische Instabilität sowohl der gesellschaftlichen als auch der wirtschaftlichen Entwicklung. Aus diesem Grund sollte es im Interesse jeden Staates sein, ein stabiles gesellschaftliches und wirtschaftliches Umfeld zu unterhalten. Soziale Sicherungssysteme sind ein effektives Mittel zur Stabilisierung beider Bereiche. Hieraus leitet sich die Notwendigkeit zur Stärkung dieser Systeme ab, und zwar unabhängig von einer Diskussion über Standortvorteile.

Soziale Stabilität wird mittlerweile auch vor dem Hintergrund der Bedrohung durch den internationalen Terrorismus als essentieller Bestandteil eines umfassenderen Sicherheitskonzepts begriffen. Der vierte ASEM-Gipfel in Kopenhagen trug diesem Verständnis Rechnung. Besonders Partnerländer wie Thailand, China oder Indonesien, die Sicherheitsfragen selbst einen sehr hohen Stellenwert einräumen, begrüßen das Konzept der „comprehensive security“ und sind sich der großen Bedeutung sozialer Stabilität als Teil einer nachhaltigen Sicherheitspolitik bewusst.

## **Wie könnte eine soziale Dimension aussehen?**

In beiden Teilen von ASEM gibt es eine Tradition sozialer Initiativen. Die EU kooperiert in diesem Feld seit Jahren, aber auch innerhalb der ASEAN treffen sich zum Beispiel die Arbeitsminister. Der ASEAN-Gipfel vom Oktober 2003 in Bali proklamierte ASEAN gar als „socio-cultural community“ (Bali Concord II). Aber auch interregionale Kooperationsregime wie zum Beispiel die G8 thematisieren sozialpolitische Fragen. Bei ASEM erreicht diese Diskussion bislang jedoch nicht die Entscheidungsträger, weil sie außerhalb des formalen Prozesses („Track Two“) stattfindet. Zu nennen sind hier vor allem das angesprochene Asia-Europe People's Forum und das ASEM Trade Union Forum.

Beide Initiativen tragen schon seit Jahren konstruktiv zur Vertiefung des ASEM-Dialogs bei, und dementsprechend breit gefächert ist das Angebot an Vorschlägen, wie eine soziale Dimension aussehen könnte: Manche Gruppen plädieren für eine übergreifende „soziale Dimension“, welche dazu anregen soll, alle Themen und Initiativen in den drei bestehenden Teilbereichen auf deren soziale Auswirkungen hin zu hinterfragen und gegebenenfalls zu korrigieren. Ein weiterer Vorschlag ist die Errichtung eines „ASEM Social Forums“, welches gleichberechtigt und idealerweise gleichzeitig zum Asia-Europe Business Forum (AEBF) als Teil des offiziellen Prozesses tagen soll und somit auch einen Zugang zu den Entscheidungsträgern gewährleisten würde. Die Gewerkschaftsverbände fordern darüber hinaus als Gegengewicht zum AEBF ein „Asia-Europe Labour Forum“, ähnlich dem OECD-Modell, das Empfehlungen aus Beratungskomitees sowohl von der Arbeitgeber- als auch von der Gewerkschaftsseite ermöglicht.

## **Wie ist die Forderung nach einer sozialen Dimension im ASEM-Prozess durchsetzbar?**

Die Friedrich-Ebert-Stiftung bemüht sich seit langem, die Diskussion um eine soziale Dimension in ASEM zu unterstützen, indem für alle Beteiligten - Regierungen, Nichtregierungsorganisationen und Sozialpartner - gemeinsame Dialogforen geschaffen werden. Die Rolle des Mittlers in dieser Debatte ermöglicht es der Stiftung, jenseits partikularer Positionen gemeinsame Interessen der Partner zu identifizieren und die Aussichten von Initiativen unvoreingenommen zu bewerten.

Aus der gegenwärtigen Diskussion um eine soziale Dimension im ASEM-Prozess ergibt sich die Einschätzung, dass eine separate soziale Säule im Moment keine große Chance auf Verwirklichung haben dürfte – auch nicht als Sozialforum innerhalb des offiziellen Prozesses. Europäische wie asiatische Regierungsvertreter argumentieren, dass ökonomische und soziale Entwicklungen nicht voneinander getrennt behandelt werden sollten. Betrachtet man die Interessen der beteiligten Parteien, fällt jedoch auf, dass mittlerweile weder die Regierungen noch die Sozialpartner (und selbstredend auch nicht die Zivilgesellschaft) prinzipielle Vorbehalte gegen eine Diskussion sozialer Fragen als Teil des ASEM-Dialogs haben. Vielmehr scheint es, als ob hinter den Kulissen

hauptsächlich die Frage des Grades der Institutionalisierung dieser sozialen Dimension einer Thematisierung im Wege steht.

Von seiner Anlage her ist ASEM ein intergouvernementaler Dialogprozess, der sich zwar zunehmend anderen politischen Akteuren wie Wirtschaft, Gewerkschaften, Parlamenten oder der Zivilgesellschaft öffnet, dessen Entscheidungen aber nach wie vor auf der Regierungsebene getroffen werden. Je höher die politische Hierarchie-Ebene, auf der die Auseinandersetzung mit sozialpolitischen Themen stattfindet, desto mehr Einfluss dürften auch die Ergebnisse dieser Auseinandersetzungen haben. Die inhaltliche Forderung nach einer sozialen Dimension des ASEAN-Prozesses könnte dann am besten durchgesetzt werden, wenn regelmäßige Treffen der Arbeits- und Sozialminister, institutionalisiert im ökonomischen Teil von ASEM, etabliert werden.

Die Friedrich-Ebert-Stiftung unterstützt eine dementsprechende deutsch-chinesische Regierungsinitiative vom Kopenhagener ASEM-Gipfel, die auch von der irischen und der spanischen Regierung mitgetragen wird. Die vietnamesische Regierung scheint bereit zu sein, das Thema in die Agenda des fünften Gipfeltreffens aufzunehmen. Sofern die deutsche Regierung das Thema weiterhin zur Sprache bringt, sollte die Initiative also durchaus Chancen auf Verwirklichung haben.

### **Wie kann die Zivilgesellschaft besser am Dialog beteiligt werden?**

Wenn Staaten ihrer Rolle, die wirtschaftliche Liberalisierung sozial zu begleiten und deren negative Auswirkungen zu kompensieren, nicht selbst nachkommen, fällt diese Aufgabe oft Nichtregierungsorganisationen zu. Daher ist es verständlich, dass die Zivilgesellschaft eine größere Mitsprache im ASEM-Prozess einfordert. Versuche, der Zivilgesellschaft eine prominenter Rolle einzuräumen, stoßen bei einigen asiatischen Teilnehmern jedoch auf Zurückhaltung. So wurde die vietnamesische Regierung von anderen ASEM-Staaten dafür kritisiert, das traditionell komplementär zu den Gipfeltreffen stattfindende Asia-Europe People's Forum (AEPF) überhaupt zu ermöglichen. Ein Recht zur Mitsprache scheint mithin schwer institutionalisierbar. Dennoch zeigt gerade die Diskussion um eine soziale Säule, wie fruchtbar Beiträge aus dem Nichtregierungssektor sein können. Schließlich kommt die Forderung nach einer sozialen Dimension im ASEM-Prozess aus der Zivilgesellschaft, von sich aus hätte es die deutsch-chinesische Initiative so wohl nicht gegeben. Wie so oft haben also Nichtregierungsorganisationen in der Artikulation einer notwendigen politischen Veränderung die Vorreiterrolle übernommen.

Weil solcherart Beiträge nicht hoch genug eingeschätzt werden können, sollte möglichst schnell eine Lösung gefunden werden, die Zivilgesellschaft stärker in den offiziellen Prozess einzubinden. Eventuell kann ein Erfolg bei der Einführung einer sozialen Dimension im ASEM-Prozess hierfür einen Ansatzpunkt liefern.

### **Ausblick**

Trotz ihrer Wichtigkeit ist die soziale Fragestellung im ASEM-Dialog nur eine unter vielen. Wenn man den Blick weitet, erscheint ein großes Themenspektrum am Horizont. Eine grundlegende Problematik ist die Tatsache, dass Dialogprozesse wie ASEM mit dem Engagement der Mitglieder stehen und fallen. Die Erfahrung lehrt außerdem, wie leicht Verhandlungsregime im Spannungsfeld zwischen Vertiefung und Erweiterung an Integrationskraft zu verlieren drohen. Wie der von der Asienkrise überschattete zweite Gipfel in London zeigte, hat ferner die Weltkonjunktur einen erheblichen Einfluss auf den von ökonomischen Fragestellungen dominierten ASEM-Prozess. Es gibt allerdings auch Schwierigkeiten, die sich leichter beseitigen lassen: Wenn asiatische Partner wiederholt darüber klagen, wie mangelhaft die Beteiligung hochrangiger europäischer Vertreter an den verschiedenen Treffen ist, liegt die Lösung wohl näher als bei anderen Fragen.

Für Vietnam bedeutet der ASEM-Prozess insgesamt, vor allem aber die Ausrichtung von ASEM V, zuallererst eine Chance: sollte in einem Land, wo der Begriff „Zivilgesellschaft“ seit wenigen Wochen überhaupt erst offiziell in den Mund genommen wird, die erfolgreiche Durchführung eines Asia-Europe People's Forum gelingen, dürfte dies Vietnams Platz in der internationalen Staatengemeinschaft festigen. Große internationale Anerkennung wartet aber auch für den Fall, dass der Gastgeber Vietnam als ehrlicher Makler aufzutreten versteht und zwischen den teilweise

konträren Positionen der verschiedenen Gipfelteilnehmer vermitteln kann. Alles in allem ist davon auszugehen, dass der Gipfel in Hanoi nicht nur von Harmonie geprägt sein wird. Von einem ernst gemeinten und engagierten Dialog sollten am Ende gleichwohl alle Partner profitieren.